

Jürgen Danyel

Der 20. Juli

Bis ein historisches Geschehen und die in ihm agierenden Personen sich in jene symbolische Realität «zweiter Ordnung» verwandeln, in der sich dann einzelne Gruppen oder gar eine gesamte Nation spiegeln, vergehen oft Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte. Diese Metamorphose bedarf der Kraftanstrengung der Nachgeborenen, wie es schon der Begriff der «Erinnerungsarbeit» zum Ausdruck bringt: Letztere schließt das Verdrängen, Vergessen, die Gleichgültigkeit ebenso ein wie das Wiederentdecken, Bewußtwerden, die Inbesitznahme und das Umdeuten. Das eine setzt das andere geradezu voraus, Erinnern und Vergessen lösen einander mit oft vorhersagbarer Regelmäßigkeit ab und fordern einander heraus. Nicht selten laufen sie zur gleichen Zeit und mit unterschiedlicher Rollenverteilung in der Gesellschaft ab, um miteinander zu konkurrieren.

1. Die Tat als Symbol

Der 20. Juli, wie der von verschiedenen Gruppen des militärischen und bürgerlichen Widerstands vorbereitete Versuch eines Staatsstreichs vom selbigen Datum des Jahres 1944 chiffrenhaft genannt wird, schert auf den ersten Blick aus dieser Logik der Herausbildung von «Erinnerungsorten» aus. Die Tat Claus Schenk Graf von Stauffenbergs in der «Wolfsschanze» wurde bereits während ihres Vollzugs zu einem Symbol. Sie bildete den Schlußpunkt einer schier endlosen Kette von nicht zur Ausführung gelangten Attentatsversuchen. Nach den langen Debatten über die Geltungsmacht von Loyalität, Gehorsam und Eid dokumentierte sie die Entschlossenheit der Widerständler, den letzten entscheidenden Schritt zu gehen. Nicht wenige der unmittelbar Beteiligten behielten allerdings ihre Zweifel, ob der Mord am Diktator die geeignete Form des Aufbegehrens sei. Für manchen mag die Absicht, mit der Aktion ein Zeichen zu setzen, fast noch wichtiger gewesen sein. Auch ein Scheitern konnte Signale setzen, ohne die ohnehin schon große Gewissensnot durch einen Mord noch zu verschärfen.

Der Widerstand habe «am Ende seinen Kampf für kein nationales oder konkret politisches Interesse geführt», es sei nur noch darum gegangen, «durch eine große verneinende Geste Widerspruch einzulegen gegen Hitler und alles, was er und seine Herrschaft bedeuteten»¹. Allerdings scheint solch eine Deutung allzu sehr von der Tatsache geleitet, daß der 20. Juli 1944 gescheitert ist. Nicht nur für die Beteiligten selbst verblaßten daher in der Bilanz

die konkreten politischen Ziele und Beweggründe des Handelns zugunsten grundsätzlicher moralischer, religiöser und philosophischer Erwägungen. Ein geglücktes Attentat indes hätte die Verschwörer sofort zum politischen Handeln gezwungen und deren unterschiedliche ordnungspolitische, verfassungs- und staatstheoretische sowie militärstrategische Konzepte und Leitbilder wieder zum Vorschein gebracht.

Gleichzeitig hat die Tatsache, daß der Widerstand der Militärs, der Kreisauer um Helmuth James Graf von Moltke, der Nationalkonservativen um Carl Friedrich Goerdeler, der Sozialisten um Julius Leber und all der anderen in einem nach außen hin sichtbaren Bombenanschlag gipfelte, die Wahrnehmung des gesamten Widerstandes gegen das NS-Regime geprägt. Dies gilt für die Zeitgenossen, aber noch mehr für die Nachwelt. Die Gleichsetzung des deutschen Widerstands gegen Hitler mit dem 20. Juli 1944 ist daher nicht erst das Konstrukt einer oft politisch zweckgebundenen Erinnerung, sondern bereits durch den historischen Lauf der Dinge vorgeprägt.

2. Die Wirklichkeit eines «lautlosen Aufstands»

Opposition und Widerstand gegen das NS-Regime, egal von welchem politischen oder weltanschaulichen Lager sie betrieben wurden, vollzogen sich in den Katakomben der Illegalität, im Schutz privater oder halböffentlicher Räume und in den Restnischen nichtüberwachten Lebens in den Konzentrationslagern und Haftanstalten. Sie wurden vom Ausland aus betrieben, von den zahllosen Emigranten und deren Organisationen, die das NS-Regime aus Deutschland vertrieben hatte. Widerstand basierte aber auch auf den einsamen Entscheidungen einzelner, die wie Georg Elser den bösen Zauber einfach wegzusprenge[n] suchten oder die wie die desertierenden Soldaten nicht länger mitmachen wollten. Opposition und Widerstand bedurften der Vertrautheit und Überschaubarkeit politischer und sozialer Milieus, sofern diese nicht schon durch das Regime gewaltsam zerstört oder durch das Mißtrauen des «gesunden Volkskörpers» mit seiner Blockwartmentalität zersetzt waren. Sie waren weit mehr, als es die spätere Überlieferung – allem voran die antifaschistische in der DDR, aber nicht nur sie allein – mit ihrem Bild von den zahllosen organisierten Widerstandsgruppen zu suggerieren suchte, durch individuelle Kontakte und Begegnungen geprägt, die sich über Familienbeziehungen, Freundschaften und Bekanntschaften zu informellen Netzwerken ausweiten konnten. Nach außen sichtbare und von der Bevölkerung wahrnehmbare Aktionen gegen das Regime waren nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme. Der NS-Überwachungsstaat funktionierte bis in die Agoniephase des Regimes im Frühjahr 1945 nahezu perfekt. Er konnte dies weit weniger wegen der Größe des Gestapo-Apparates, sondern dank der Denunziationsbereitschaft der Bevölkerung. Um so selbstmörderischer mußte die

von den Resten des linken Widerstandes immer wieder praktizierte Flugblatt- und Losungspropaganda sein. Sie diente eher der Selbstbehauptung und Selbstbestätigung, als daß sie dem Regime ernsthaften Schaden zugefügt hätte. Der Alltag der Opposition verlief über weite Strecken eher im unspektakulären Verborgenen. Man debattierte in kleinen Zirkeln, entwarf politische Programme, versuchte der allgegenwärtigen Propaganda die Deutungsmacht über die Ereignisse, und sei es nur im eigenen Kopf, streitig zu machen und suchte Selbstbestätigung in der Nähe Gleichgesinnter. Offene Proteste gegen das Regime, Aufstandsversuche oder gar Anschläge auf führende NS-Politiker bildeten demgegenüber die seltenen Kulminationspunkte oppositionellen Handelns. Sie bedurften einer besonderen Konstellation: Einzelne Verbrechen des Regimes, konkrete Elemente seiner Kriegsführung und Okkupationspolitik oder Propagandaaktionen wirkten dabei als eine Art Katalysator. Sie bestärkten die am Widerstand Beteiligten nicht nur in ihrer prinzipiellen Ablehnung des Nationalsozialismus, sondern forderten zu einer direkten Reaktion heraus. Widerstand konnte auf diese Art kulminieren, weil sich in seinen Reihen immer wieder Menschen fanden, die über den stillen Protest hinaus über eine charakterliche Disposition verfügten, die den Mut zum Handeln einschloß. Sie fanden sich in der Opposition gegen Hitler in großer Zahl: die Querdenker, die Eigenwilligen, die Grenzüberschreiter, die Idealisten, die Unbequemen, die Individualisten, die Unangepaßten, die Ungeduldigen und jene, die andere Menschen in den Bann ihrer Überzeugungen und moralischen Grundsätze ziehen können.

3. Das Attentat als Kulminationspunkt der Opposition gegen Hitler

Beim Nationalsozialismus handelte es sich um eine Diktatur, die herrschaftstechnisch, legitimatorisch und propagandistisch auf den «Führer» ausgerichtet war, auch wenn die historische Forschung das Bild des NS-Staates differenzierter zeichnet und von polykratischen Strukturen ausgeht. Ein Mordanschlag auf Hitler rangierte für das Regime in der Hierarchie möglicher Straftaten an oberster Stelle. Dessen waren sich auch die Verschwörer des 20. Juli bewußt. Während gerade die jüngeren unter den Regimegegnern immer wieder dafür plädierten, Hitler ohne Rücksichten zu beseitigen, suchten die an den Planungen beteiligten hochrangigen Militärs wie Witzleben, Beck, Canaris und viele andere immer wieder nach einer unblutigen Lösung: Hitler sollte mal verhaftet und vor ein Gericht gestellt, mal von einem Ärztegremium für verrückt erklärt werden. Wenn man ihn schon töten müsse, so solle wenigstens ein Unfall oder ein Anschlag von dritter Seite fingiert werden.² Wie sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung im Falle eines Attentats auf den kultisch verehrten «Führer» verhalten würde, war allen Beteiligten offenbar klar: Pläne für einen Umsturz, die auf Unruhen und Unzufriedenheit in

der Bevölkerung basierten, wurden zwar anfangs in Erwägung gezogen, jedoch schnell wieder fallengelassen.

Jenes Bild der Nachwelt, das den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus mit dem Staatsstreich vom 20. Juli 1944 gleichsetzt, wurde somit durch die reale Situation im nationalsozialistischen Deutschland begünstigt. In der Tat markiert das Datum einen Höhepunkt der gegen das Regime gerichteten Widerstandsaktionen. Ohnehin eignen sich spektakuläre Ereignisse am ehesten als Projektionsflächen einer Erinnerung, die nach Wegmarken in dem oft komplizierten und widersprüchlichen Terrain der Geschichte sucht. Wird allerdings ein so vielschichtiges Phänomen wie der Widerstand symbolisch in einem Ereignis verdichtet, führt dies unvermeidlich zu optischen Täuschungen. Es handelt sich um eine Wahrnehmung, die jenem sattsam bekannten und als Gleichnis bemühten Bild eines Eisberges gehorcht, bei dem allein die Spitze aus dem Wasser ragt, während sich der eigentliche Kern unsichtbar unter der Wasseroberfläche befindet.

Sahen also die Attentäter in ihrem Tun bereits einen symbolischen Akt, mit dem sie ein Zeichen setzen wollten, und wies der Charakter des NS-Staates einem Mordanschlag auf den Diktator notwendig den Rang des Unerhörten zu, so ist darüber hinaus noch ein weiterer Gesichtspunkt zu berücksichtigen. Die Verwandlung des 20. Juli 1944 vom konkreten historischen Ereignis zu einem Symbol wurde zusätzlich durch die Entwicklungsgeschichte des deutschen Widerstandes verstärkt. Die organisierte Arbeiterbewegung gehörte von Anfang an zu den erklärten, sozusagen «natürlichen» Gegnern des Nationalsozialismus. Folgerichtig konzentrierten sich die Verfolgungs- und Überwachungsinstanzen des Regimes unmittelbar nach 1933 auf die politische Linke und zwangen sie, sofern deren Vertreter nicht bereits verhaftet oder emigriert waren, in den Untergrund. Die politischen Möglichkeiten dieses Teils der Opposition blieben äußerst begrenzt, zumal ihnen die Bevölkerung jegliche Unterstützung versagte. Die kommunistische Opposition scheiterte an den realitätsfernen Weisungen ihrer Führung und kam durch die verheerende Wirkung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages nahezu völlig zum Erliegen. Auch die späteren Versuche, mit Kurieren und Fallschirmspringern neue Widerstandsnester aufzubauen, endeten in einem tragischen Fiasko. Spätestens ab Mitte der dreißiger Jahre war eine veränderte Situation für die Möglichkeit von Opposition und Widerstand eingetreten: «Nach der Zerschlagung der meisten sozialistischen Widerstandsgruppen und den wiederkehrenden Eingriffen der Gestapo in den illegalen Apparat der KPD verlagerte sich das Gewicht der Opposition auf bürgerliche Kreise, die das neue Regime nach dem 30. Januar 1933 zunächst begrüßt und großenteils mitgetragen hatten. Die Initiative zum Widerstand ging zugleich von den Vertretern der politischen Klasse in der Weimarer Republik auf Mitglieder der hohen Beamtschaft, des Auswärtigen Dienstes und der ausgeschalteten Gewerkschaftsverbände sowie auf einzelne Repräsentanten des Offi-

zierskorps über.»³ Die Nachwelt folgte mit ihrer Erinnerung lediglich dieser Schwerpunktverlagerung. In einem doppelten Sinne wurde so das Bild vom Widerstand zugespitzt: Nicht nur der gesamte Widerstand wurde unter den 20. Juli 1944 subsumiert, sondern letzterer wurde dann auch noch auf das unmittelbare Geschehen des Staatsstreichs an jenem magischen Datum reduziert. Dort, wo man wie in der auf den kommunistischen Widerstand eingeschworenen antifaschistischen DDR vorgab, dieser Vereinfachung bzw. Anmaßung nicht zu erliegen, hatte man sich längst einer anderen Illusion verschrieben. Es bedurfte mehrerer Generationswechsel, zahlloser Festreden zu Jahrestagen, ganzer Bücherregale an Widerstandsliteratur, manchen Streits und im Falle der DDR sogar des Untergangs eines ganzen Staates, bis dieses schiefe Bild korrigiert werden konnte.

4. *Der Widerstand in der Wahrnehmung des NS-Regimes*

Es gehört zu den paradoxen Seiten der Geschichte des deutschen Widerstandes, daß es, lange bevor es die wenigen überlebenden Beteiligten, die öffentliche Erinnerung oder die historische Forschung tun konnten, seine Gegner waren, die ihn zu einem Phänomen mit Gruppenzusammenhängen, Strukturen, aufeinander bezogenen Ereignissen, Wechselwirkungen und einer eigenen Entwicklungsgeschichte werden ließen. Wenn die «Definitionsmacht über das, was Widerstand war»⁴, letztlich bei der Gestapo lag, so ist dies eine mögliche Antwort auf die berühmte Frage, wer überhaupt zum Widerstand gehörte. Gleichzeitig verweist diese nüchterne Feststellung darauf, daß es neben den durch Verfolgung, Haft und Nachkriegswirren unfreiwillig atomisierten Zeitzeugen die Gestapo und die NS-Justiz waren, die in Gestalt von erhalten gebliebenen Fahndungs- und Gerichtsakten ein erstes Gesamtbild des Widerstandes entwarfen. Diese Überlieferung wurde zu einem wichtigen Rohmaterial für die Erinnerung der Nachgeborenen, zumal die am Widerstand Beteiligten ihr Handeln und Denken unter den Bedingungen der Konspiration kaum dokumentieren oder in Selbstzeugnissen festhalten konnten. Bei vielen NS-Gegnern sind die letzten Briefe vor der Hinrichtung oft die einzigen Quellen, aus denen sich ihre Motive und Hoffnungen erahnen lassen.

Nun wäre es sicherlich fatal und gleichzeitig geschmacklos, die Gestapo, das Reichskriegsgericht oder Freislers Volksgerichtshof in den Rang von Institutionen zu heben, die der Erinnerung an den deutschen Widerstand Gestalt gegeben haben. Sie haben dies bestenfalls unfreiwillig und gegen ihre eigentliche Intention getan. Daß sie es in dieser Weise konnten, hat wiederum mit der inneren Logik von widerständigem Verhalten zu tun. Es gehörte zu den ungeschriebenen Gesetzen der Opposition, daß jeder nur das Nötigste wußte und nur mit einem überschaubaren Kreis von gleichgesinnten Men-

schen zusammenkam. Die Fäden der Gruppen und Netzwerke liefen jeweils nur bei einigen wenigen Integrationsfiguren zusammen. Diese Schutzfunktion (Wissen, was man nicht hatte, konnte man auch nicht unter dem Druck von Verhör und Folter verraten) hatte zur Folge, daß kaum einer der Beteiligten das wirkliche Ausmaß und die Reichweite jenes Kontextes einschätzen konnte, in dem er sich oppositionell betätigte. Den Betroffenen selbst wurde oft erst durch die Konfrontation mit dem Fahndungswissen ihrer Gegner bewußt, in welchem Zusammenhang sie sich mit ihrem Handeln und ihren Kontakten bewegt hatten. Viele der Namen für einzelne Widerstandsgruppen, die unsere Erinnerung an den Widerstand prägen, sind erst im Zuge der Ermittlungen durch die Gestapo und die NS-Justiz entstanden.

Interessanterweise nahmen die Verfolgungsinstanzen die verschiedenen Formen von Opposition und Widerstand ganz unterschiedlich wahr, je nachdem aus welchen politisch-weltanschaulichen Kontexten und sozialen Schichten sie sich rekrutierten. Mit dem Widerstand aus den Reihen der organisierten Arbeiterbewegung, insbesondere dem der Kommunisten, hat das NS-Regime gerechnet und deren Protagonisten schon sehr früh und präventiv verfolgt. In der Logik des Nationalsozialismus standen diese politischen Gruppen wie auch die von den Nazis diskriminierten und verfolgten ethnisch-religiösen und sozialen Gruppen von Anfang an außerhalb der als homogen imaginierten «Volksgemeinschaft».

Wirkliche Zweifel hinsichtlich der eigenen Verankerung in den Eliten und in der Bevölkerung kamen beim Regime erst auf, als es mit Widerstandszusammenhängen konfrontiert wurde, deren Mitglieder sich aus den Kreisen der Ministerialbürokratie, des Militärs oder der Wirtschaft rekrutierten – also aus Schichten, derer sich die Nationalsozialisten sicher glaubten. Insofern sorgte bereits die Aufdeckung der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack («Rote Kapelle») 1942 für beträchtliche Unruhe in den Führungsetagen des NS-Staates. Diese Gruppe ließ sich wegen ihrer Zusammensetzung und weltanschaulich-politischen Differenziertheit bereits nicht mehr unter die klassischen Feindbildraaster subsumieren.

In diesem Sinne mußte der 20. Juli 1944 erst recht – und dies nicht allein wegen des offenen Angriffs auf das Leben Hitlers – die Selbstsicherheit der NS-Führung erschüttern. Die Beteiligten entstammten durchweg der Oberschicht, nahmen höhere Ränge in der militärischen Führung oder in der Verwaltung ein – kurz: es war ein Teil der eigenen Elite, der sich hier gegen Hitler erhoben hatte. Diesmal ließen sich die Vorgänge nicht mehr mit dem Mantel des Schweigens umhüllen. Die Nachrichten über das Attentat und den sich daran anschließenden Versuch eines Staatsstreichs drangen bis ins Ausland.

5. Der Feldzug der Verleumdung

Unmittelbar nach dem Scheitern der Aktion hofften Hitler und seine engste Umgebung offenbar noch, das Ereignis mit Hilfe einer großangelegten Propagandaaktion umzudeuten. Bereits wenige Stunden nach dem fehlgeschlagenen *coup d'état* versucht der nur knapp dem Tod entkommene Diktator in einer Rundfunkansprache an das deutsche Volk die Muster vorzugeben, nach denen die Verschwörung erinnert werden solle. Hitler karikierte die Attentäter als «ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere»⁵ und exkommunizierte sie aus der nationalen Gemeinschaft, deren Loyalität er sich auch im Endkampf noch sicher glaubte. Mit dem Hinweis auf das Jahr 1918 beschwor er das Bild vom Dolchstoß, das den Deutschen immer wieder dazu diene, die Traumata ihrer Niederlagen zu kompensieren.

Die als Schauprozeß inszenierte Verhandlung gegen die Attentäter vor dem Volksgerichtshof folgte einer von Hitler persönlich erdachten Dramaturgie der Demütigung und Entehrung. In Roland Freisler fand sich die passende Besetzung für jenes Stück, mit dem man die Bilder zu prägen suchte, die jedwede Erinnerung an den Umsturzversuch für alle Zukunft bestimmen sollten. Diese Rechnung ging in mehrfacher Hinsicht nicht auf. Je länger die Untersuchung des Falles andauerte, desto größer wurde der Kreis der direkt oder indirekt Beteiligten. Aufgefundene Dokumente belegten plötzlich die lange Vorgeschichte der Umsturzplanungen und Attentatsversuche. Das Regime verlor zusehends seine anfänglich noch so lautstark zelebrierte Deutungsmacht über die Ereignisse.

Hinzu kam, daß es, obwohl die Kräfteverhältnisse vor Gericht ungleicher kaum sein konnten, den Angeklagten immer wieder gelang, gegenüber dem polternden Freisler die ethischen, religiösen und nationalen Motive für ihr Tun geltend zu machen. Es sind vor allem diese Szenen und jene «letzten Stunden», die der Gefängnispfarrer von Plötzensee Harald Poelchau eindrucksvoll festgehalten hat, die sich aufdrängen, wenn an den Widerstand erinnert wird.⁶ Die spätere Stilisierung des 20. Juli 1944 zu einem «Aufstand des Gewissens» hat hier eine ihrer Wurzeln, und die Anziehungskraft dieses Bildes scheint trotz aller Bedenken gegen die moralische Überhöhung des Widerstandes ungebrochen. Allerdings ebnet solche symbolisch verdichteten Sinnbilder von der «sittlichen Pflicht des Widerstandes, den Verbrechen Einhalt zu gebieten» oder von der «Ehrenrettung der Nation», die häufig den Lebensbilanzen und Abschiedsworten der zum Tode verurteilten Regimegegner entlehnt sind, die Widersprüche und die innere Zerissenheit des Widerstandes allzu oft ein. Die mit ihnen in Festtagsreden und Gedenkschriften verbundenen Botschaften an die Nachgeborenen geraten zu abstrakten Formeln, wenn sie von der Grenzsituation losgelöst werden, in der die Wider-

ständler angesichts des Hochverratsvorwurfs und der drohenden Hinrichtung mit sich selber ins Reine zu kommen suchten. Sie bleiben inhaltsleer, wenn der lange Weg zu solchen Einsichten mit seinen sprichwörtlichen «Irrungen und Wirrungen» und den konkreten Entscheidungssituationen dahinter verblaßt.

Die triumphierende Propaganda des Regimes ebte angesichts des Ausmaßes der Verschwörung und der Selbstbehauptung der Angeklagten vor Gericht nahezu völlig ab. An ihre Stelle traten neben neuerlicher Geheimhaltung die blinde Rache der Standgerichte zur «Vernichtung der Verschwörer» sowie die Wiedereinführung der Sippenhaft. Wenn man dem 20. Juli schon nicht mehr den Stempel der eigenen Deutungen aufzwingen konnte, so sollten wenigstens alle seine Spuren und möglichen Zeugen ausgelöscht werden.

6. Kein Ort nirgends: Die Nachkriegszeit

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte, daß es die Zeit nach der Befreiung vom Nationalsozialismus war, die das vom NS-Regime begonnene Werk der Ablehnung und des Vergessens vollendete. Unmittelbar nach 1945 wurden weder der 20. Juli 1944 noch all die anderen Widerstandstraditionen zu einer Quelle der kritischen Besinnung und Neuorientierung der deutschen Bevölkerung. Wie hätten sie es auch sein können? Die Deutschen mutierten mehrheitlich von der Volksgemeinschaft des NS-Staates in die kollektive Identität einer Schicksalsgemeinschaft, die der katastrophische Untergang des Regimes, der Bombenkrieg, die Notsituation der ersten Nachkriegsjahre und die Erfahrungen mit den Besatzern erneut zusammenschweißten. Ohnehin hätte die Erinnerung an den Widerstand den moralischen Druck auf die ehemaligen Mitläufer und Parteigänger des NS-Regimes, der bereits von den Entnazifizierungsmaßnahmen der alliierten Besatzungsmächte, den überlebenden Opfern, den zurückkehrenden Emigranten und den NS-Prozessen ausging, noch verstärkt. Die Erinnerung an den Widerstand hätte die Lebenslügen vom fatalen Zwang zur Anpassung in Frage gestellt. Im Falle des 20. Juli mag hinzugekommen sein, daß vielen Deutschen die Gedanken- und Wertewelt jener Teile der Oberschicht, aus denen sich die Verschwörer rekrutierten, fremd bleiben mußte. Die negative Konnotation alles Elitären lieferte dabei ein bequemes Konstrukt der Abwehr. Im Zweifelsfalle waren da die ganz anderen Sorgen des alltäglichen Überlebens.

Die deutsche Nation, in deren Dienst die Widerständler ihr Handeln zuletzt gestellt sehen wollten, lag unter den Trümmern des Dritten Reiches begraben. Was wog jenes mißglückte Attentat auf Hitler gegen die nunmehr zutage tretenden beispiellosen Verbrechen des NS-Regimes und das Verdikt einer tiefgreifenden kollektiven Schuld der Deutschen?

Auch die Alliierten waren aus nachvollziehbaren Gründen kaum daran interessiert, den 20. Juli ins Gedächtnis der Deutschen zu rufen. Die Westmächte, allen voran die Amerikaner hatten bereits mit ihrer Forderung vom «unconditional surrender» zu verstehen gegeben, daß Verhandlungen mit der deutschen Seite, selbst wenn es sich dabei um eine Regierung der Opposition handeln würde, für sie kein Thema wären. Für die britische Seite hatte der vielzitierte Satz Churchills vom 2. August 1944, «die höchsten Repräsentanten des Deutschen Reiches würden sich nun gegenseitig umbringen»⁷ schon früh eine ablehnende Haltung gegenüber dem 20. Juli besiegelt.

Nichts hätte den Zielen der Besatzungspolitik mehr entgegenstanden, als daß die Alliierten der deutschen Seite mit einer Anerkennung des Widerstandes ein größeres politisches Mitspracherecht eingeräumt hätten. Letztlich gilt dies auch für die sowjetische Besatzungsmacht, die anders als die Westmächte relativ früh auf die politischen Traditionen des kommunistischen Widerstandes baute und dem emigrierten Führungspersonal der KPD den Rang einer neuen Führungsschicht in ihrem Einflußbereich zudachte. Deren politischer Handlungsrahmen blieb aber von Anbeginn eng begrenzt und schloß «besondere deutsche Wege zum Sozialismus» ebenso aus wie eine Anknüpfung an jene ordnungspolitischen Vorstellungen, die einzelne Gruppen des kommunistischen Widerstandes und der Emigration jenseits der Moskauer Linie entwickelt hatten. Die deutschen Kommunisten säuberten ihre eigenen Traditionen des Widerstehens gegen das NS-Regime in mehreren Wellen nach dem unberechenbaren stalinistischen Leitbild ideologischer Reinheit. Von Feindbildern gejagt, vermochten sie zunehmend weniger anzuerkennen, daß auch andere unter dem Nationalsozialismus gelitten oder Widerstand geleistet hatten. Bereits sehr früh lehnte die KPD/SED den 20. Juli entschieden ab. Neben der sozialen und politischen Distanz der Kommunisten zu den Verschwörern, die für sie zu den alten Ausbeuterschichten zählten und die sich zusätzlich als Teil des NS-Herrschaftssystems kompromittiert hatten, gab es noch subtilere Gründe für diese Fremdheit.

Fremd blieb ihnen nicht nur die gesamte Lebenswelt des bürgerlichen und nationalkonservativen Widerstandes. Aus der Perspektive eines sozialen Herkunftsmilieus, das nie Bindungen zur bürgerlichen Gesellschaft, geschweige denn zum deutschen Nationalstaat entwickelt hat, war jener komplizierte und langwierige Vorgang inneren Schwankens zwischen Loyalität und Aufbegehren, zwischen Eid und Ungehorsam, den die am Staatsstreich Beteiligten und ihr Umfeld bis zu ihrem Entschluß durchlaufen hatten, kaum nachvollziehbar. Die Kommunisten nahmen für sich in Anspruch, daß sie ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus früh und vorbehaltlos bekundet hatten und dafür den hohen Preis von Verfolgung, Haft und zahllosen Opfern gezahlt hatten. Demgegenüber mußte der «lange Weg zum 20. Juli» (J. Fest) mit dem Makel der verspäteten Einsicht oder gar dem einer Rettungsveranstaltung für das bereits im Niedergang befindliche NS-Regime behaftet blei-

ben. Zumal die KPD bis auf seltene und kurze Momente der inneren Einkehr sich selbst und anderen nie eingestehen mochte, daß ihre Klassenkampfpolitik den Nationalsozialisten bei der endgültigen Zerstörung der Weimarer Republik half und sie durch ihr ewiges Sektierertum und Dominanzstreben eine wirkungsvolle parteiübergreifende Opposition gegen Hitler oft verhindert hatten. Angst hatten die Kommunisten aber offenbar auch vor der beschriebenen symbolischen Kraft des Attentats auf Hitler, das sich in der Erinnerung an den Widerstand immer wieder in den Vordergrund schob, «weil es nicht verheimlicht werden konnte».⁸ Dieses Gefühl, das Attentat könne im öffentlichen Bewußtsein die eigene Geschichte des kommunistischen Untergrunds überlagern oder gar dazu gebraucht werden, einzelne Bereiche des NS-Herrschaftsapparates zu entlasten, bewirkte auf kommunistischer Seite den Übergang zur offenen Polemik gegen den 20. Juli. So formulierte Albert Norden bereits 1947 sein markiges Verdikt, die «rebellierenden Generale» seien «Fleisch vom Fleische des deutschen Imperialismus»,⁹ und Anton Ackermann wehrte sich zur gleichen Zeit kaum weniger polemisch gegen alle Versuche, die «aufrührerische Militärgruppe als die einzigste ernsthafte innerdeutsche Opposition gegen Hitler»¹⁰ zu bezeichnen. Solcherart Äußerungen bestimmten dann in der SBZ/DDR lange Zeit die Tonart. Gleichzeitig versuchte die SED in Gestalt des offiziellen Antifaschismus, einzelne Ereignisse aus der Geschichte des kommunistischen Widerstandes symbolisch aufzuwerten. Dem 20. Juli sollte auf diese Weise der Rang des hervorstechendsten Ereignisses der Widerstandsgeschichte genommen werden. Zu einem dieser konkurrierenden Erinnerungsorte wurde die Geschichte der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald. Mit der monumentalen Denkmalsanlage auf dem Ettersberg als Teil einer «Nationalen Mahn- und Gedenkstätte» ließ sich die antifaschistische DDR ihren Gründungsmythos in Stein hauen. Der Buchenwald-Roman *Nacht unter Wölfen* von Bruno Apitz und der Kult um den von den Nationalsozialisten ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann hatten eine ähnliche Funktion.

Die sowjetische Seite handelte auf dem Gebiet der Erinnerungspolitik oft wesentlich pragmatischer und hat so ihre ostdeutschen Genossen mit manchem taktischen Manöver überrumpelt. Wenn seine deutschlandpolitischen Interessen es erforderten, setzte Moskau auch schon einmal auf die nationale Karte und förderte eine entsprechende Traditionsbildung. Allerdings war es nicht der 20. Juli, dessen man sich dabei bediente, sondern das Beispiel jener Wehrmachtsoffiziere und Soldaten, die sich in der Gefangenschaft dem «Nationalkomitee Freies Deutschland» und dem «Bund deutscher Offiziere» angeschlossen hatten. Diese Tradition, die sich mit der Abkehr vom Nationalsozialismus verband und der sich vor allem die von der SMAD gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) verschrieb, ließ sich offenbar leichter politisch kontrollieren und steuern. Als die DDR dann das Nationalkomitee in den offiziellen Kanon der Erinnerung an den Widerstand

übernahm, reagierte sie damit auch auf die Ehrung des 20. Juli 1944 in der Bundesrepublik und dessen Aufnahme in den Traditionsbestand der Bundeswehr.

Die Nachkriegszeit war aber auch kein völliges Niemandsland der Erinnerung an den 20. Juli 1944. So finden sich bereits kurz nach dem Ende des Krieges erste bescheidene Versuche, den deutschen Widerstand gegen Hitler dem Vergessen zu entreißen: Zu diesen Anfängen zählen u. a. das von der Schriftstellerin Ricarda Huch 1946 begonnene Vorhaben eines auf drei Bände angelegten Gedenkbuchs *Bilder Deutscher Widerstandskämpfer*, die Forschungs- und Erinnerungsarbeit innerhalb der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die in ihrer Anfangszeit den 20. Juli 1994 noch ausdrücklich einschloß, oder die kurzlebige, 1948 in Hannover gegründete Forschungsgemeinschaft «Anderes Deutschland», die sich gegen die Diffamierung des militärischen Widerstandes als «Verräter» richtete. Alle diese Ansätze, denen der Rückhalt in der Gesellschaft fehlte, fielen den sich zuspitzenden politischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West zum Opfer.

Von den Alliierten abgelehnt, von der Bevölkerung verdrängt, von den Kommunisten zunehmend angefeindet und nur von einer kleinen Minderheit wachgehalten, scheint der 20. Juli 1944 in der Nachkriegszeit alles andere als ein deutscher Erinnerungsort gewesen zu sein.

Es war aber nicht so sehr das Vergessen, das den Umgang mit diesem Datum und seinen Protagonisten in der sogenannten «Stunde Null» bestimmte, sondern eher ein beredtes Schweigen. Etwas, was vergessen ist, muß man nicht noch verdrängen, ablehnen oder delegitimieren. Auf irgendeine Art war der Widerstand doch präsent, sei es als schlechtes Gewissen derjenigen, die mitgemacht hatten, als Wink an die Siegermächte, es sich mit der Beurteilung der Deutschen nicht zu einfach zu machen, oder auch als ein Prüfstein für den Umgang der verschiedenen Opfer- und Verfolgtengruppen untereinander.

7. Die Rückkehr der Erinnerung als Verklärung

Angesichts dieser Ausgangslage waren es nicht nur neue Erkenntnisse über die Hitlergegner, die in den fünfziger und frühen sechziger Jahren einen allmählichen Stimmungswandel gegenüber dem 20. Juli zumindest im westlichen Teil Deutschlands bewirkten. Selbstverständlich übten die nun auch in Deutschland erscheinenden Erinnerungsbücher Beteiligten und die ersten größeren Gesamtdarstellungen des Umsturzversuches, deren Auftakt Eberhard Zellers *Geist der Freiheit* von 1952 bildete, eine aufklärerische Wirkung aus. Diese tat auch bitter Not, wenn man sich vergegenwärtigt, wie peinlich lange es in der frühen Bundesrepublik möglich war, die Widerständler als «Landesverräter» zu denunzieren, und wie schwer es die Überlebenden und

Angehörigen hatten, sich von diesem Stigma zu befreien. Den eigentlichen Dammbbruch leiteten jedoch jene politischen Veränderungen ein, mit denen den Deutschen westlich der Elbe die Autonomie der eigenen Staatsgründung und die Option einer Partnerschaft mit den ehemaligen Besatzern gewährt wurden. Der Kalte Krieg wurde paradoxerweise zum eigentlichen Motor einer nationalen Identitätsstiftung, mit der sich die Bundesrepublik zunehmend selbstsicherer auf den 20. Juli berief. In dem Maße, wie die Westmächte die Bundesrepublik als politischen Juniorpartner akzeptierten, der sich innenpolitisch an westlichen Demokratievorstellungen orientierte und außenpolitisch in die Frontstellung gegen den Ostblock einreihete, veränderte sich auch ihre Wahrnehmung der Deutschen. Nun war man auch bereit zu konzedieren, daß es in der Zeit des Nationalsozialismus Deutsche gegeben hatte, die sich dem Unrecht widersetzt hatten. Die beginnend mit den fünfziger Jahren erscheinenden Arbeiten britischer und amerikanischer Autoren zum 20. Juli 1944 spiegeln diesen Wandel. Ohne die kritische Distanz zum Widerstand aufzugeben, billigte John Wheeler-Bennet den Verschwörern zumindest ehrliche patriotische Motive und dem 20. Juli eine moralische Vorbildfunktion zu. Vorbereitet wurde dieser Stimmungswandel allerdings schon wesentlich früher. Die Erinnerung sucht sich mitunter auf Umwegen ihre Bahn, so auch im Falle des deutschen Widerstandes. Die Denkfiguren, mit denen der 20. Juli zu einer Projektionsfläche westdeutscher Nachkriegsidentität werden konnte, lieferte die inzwischen fast schon legendäre kleine Studie *The German Opposition to Hitler* des deutschen Emigranten Hans Rothfels, die 1948 in einem kleinen amerikanischen Verlag erschienen war. Rothfels sah im Attentat auf Hitler ein Ereignis von «symbolischer Bedeutung», mit dem die Widerständler einen Beitrag zur «Reinigung des deutschen Namens» geleistet hätten.¹¹ Er glaubte im Widerstand «Kräfte moralischer Selbstbehauptung» zu entdecken, die «über die Erwägung des bloß politisch Notwendigen» weit hinausgingen und denen er universelle Gültigkeit zusprach.¹² Durchaus ähnliche Deutungsmuster boten auch die bereits kurz nach Kriegsende aus Zensurgründen zunächst nur in der Schweiz erschienenen Bücher von Ulrich von Hassel (*Vom anderen Deutschland*, 1946), Rudolf Pechel (*Deutscher Widerstand*, 1947), Fabian von Schlabrendorff (*Offiziere gegen Hitler*, 1946) und Hans Bernd Giesevisius (*Bis zum bitteren Ende*, 1946) an. Es waren vor allem zwei Metaphern, die den Weg des 20. Juli vom ungeliebten Kind der deutschen Mitläufergesellschaft in das Arsenal der Symbole des westdeutschen Staates begleitet haben, nämlich die vom «anderen Deutschland» und vom «Aufstand des Gewissens». Beide sind als Gegenentwürfe zu jenen Urteilen zu sehen, die das Bild über die Deutschen in der Besatzungszeit dominierten. Zugleich unterliegen sie jedoch einem interessanten Bedeutungswandel: Mit dem Hinweis, daß es ein «anderes Deutschland» des Widerstandes gegeben habe, wehrten sich die Verfolgten des NS-Regimes zunächst gegen eine pauschale Gleichsetzung aller Deutschen als Parteigänger Hitlers. In dem Moment, wo

die Bundesrepublik ab den fünfziger Jahren mit dieser Metapher ein neues Selbstverständnis artikuliert, bekam sie einen gegenwartsbezogenen Sinn. Mit dem «anderen» war nun eine sich vom Nationalsozialismus abgrenzende gesellschaftspolitische Ordnung gemeint. Die Brücke zum Widerstand wurde dabei mit einer geschichtspolitischen Konstruktion geschlagen, die den 20. Juli in die Vorgeschichte der Bundesrepublik aufnahm, als dessen Vermächtnis sie nun erschien. Diese Symbolik fand sehr bald Eingang in die mit jahrestaglicher Regelmäßigkeit gehaltenen Reden prominenter Bonner und Berliner Politiker zum 20. Juli, deren Reigen Ernst Reuter 1953 bei der Einweihung des Ehrenhofes im Bendlerblock und Theodor Heuss 1954 im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin eröffneten. Es war dies ein sympathieheischendes Selbstbild um den Preis einer Fiktion. Nachfolgende Generationen und eine sich seit den sechziger Jahren ausdifferenzierende Widerstandsforschung, für die Hans Mommsen mit seiner Studie zu *Gesellschaftsbild und Verfassungsplänen des deutschen Widerstandes*¹³ die Maßstäbe setzte, sollten diesen Gründungsmythos der Bundesrepublik schon bald entzaubern.

Ein durchaus ähnlicher Bedeutungswandel bestimmte auch den Umgang mit der ethischen Dimension des Widerstandes, auf die der Topos vom «Aufstand des Gewissens» zielte. Mit dem Verweis auf die tieferliegenden Beweggründe ihres Handelns versuchten sich die Widerständler gegen den Vorwurf zu schützen, sie hätten erst gegen Hitler geputscht, als es bereits zu spät gewesen sei, und sich dabei von machtpolitischen Erwägungen bzw. dem eigenen Selbsterhaltungstrieb leiten lassen. Der geschichtspolitische Gebrauch des 20. Juli mit dem Ziel, ihm eine aktualitätsbezogene Leitbildfunktion für die Gegenwart zuzuweisen, mußte notwendig dazu führen, daß diese moralische Dimension des Widerstandes überstrapaziert wurde. Zu einer universell gültigen Handlungsmoral monumentalisiert, verlor die Gewissensentscheidung der Verschwörer allmählich ihren konkreten Bezug zur gesellschaftlichen Situation im NS-Regime. Aus den ehemals geschmähten Landesverrättern waren Helden geworden. Die Frontstellungen des Kalten Krieges beschleunigten diesen Prozeß, zumal sich der zur antitotalitären Bewegung stilisierte 20. Juli nun auch, wie anläßlich des 17. Juni 1953 geschehen, gegen das politische Herrschaftssystem in der DDR ins Feld führen ließ.

War die demokratisch geläuterte nationale Identität der Westdeutschen nur um den Preis der Enthistorisierung und Entkonkretisierung des Widerstandes zu haben? Bedenkt man, daß letztere vielleicht auch eine notwendige Voraussetzung dafür war, daß der 20. Juli nicht nur von der politischen Klasse und der kulturellen Elite akzeptiert werden konnte, sondern auch von einer Bevölkerung, der der Hinweis auf die Opposition vor nicht gar zu langer Zeit die Schamröte ins Gesicht getrieben hatte, so wird man die Frage bejahen müssen. Als Mitgift eines erfolgreichen Wiederaufbauprojekts,

mit dem es möglich wurde, wieder nach vorne zu blicken und der ungeliebten Vergangenheit zu entkommen, schien die Legitimation der Bundesrepublik leichter annehmbar als in Gestalt der unbequemen Frage nach der eigenen Schuld. Allerdings verlor das Widerstandsthema auf diesem Wege einen guten Teil seiner Brisanz hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Handelte es sich bei dem politischen Kult um den 20. Juli und jenem sprichwörtlichen «kommunikativen Beschweigen der NS-Vergangenheit» (H. Lübke) in der frühen Bundesrepublik letztlich um zwei Seiten einer Medaille? Strukturell war diese geschichtspolitische Inszenierung des Widerstandes nicht gar so weit vom antifaschistischen Narzißmus der DDR entfernt. Der ostdeutsche Staat berief sich von Anfang an auf die Widerstandstradition und brauchte dieses Selbstrechtfertigungsmuster noch stärker als die Bundesrepublik. Auch die DDR nutzte dabei für ihre Selbstdarstellung die Metapher des «anderen», «besseren» bzw. «neuen» Deutschland. Die Kommunisten hatten ihre im Widerstand und im Exil erworbene moralische Reputation für einen radikalen Elitenaustausch genutzt, bei dem sie nicht nur belastete NS-Funktionsträger, sondern auch ihre politischen Gegner und die Trägerschichten der bürgerlichen Gesellschaft zurückdrängten und marginalisierten. Um so gefälliger konnte sich die DDR als Staat präsentieren, in dem «antifaschistische Widerstandskämpfer» alle führenden Positionen einnahmen. Dies machte Eindruck, da sich demgegenüber die frühe Bundesrepublik mit ihren personalpolitischen Pannen à la Globke und Oberländer reichlich blamierte. Beim genaueren Hinsehen sollte sich jedoch zeigen, daß es auch im Land des Antifaschismus ehemalige Waffen-SS-Leute, NS-Journalisten oder Euthanasie-Ärzte gelegentlich recht weit brachten. Für die DDR galt noch viel stärker als für die frühe Bundesrepublik, daß die Erinnerung an den Widerstand (in diesem Falle an den kommunistischen) erst entkonkretisiert, kanonisiert und monumentalisiert werden mußte, bevor die SED aus dieser Tradition jene integrierende Kraft gewinnen konnte, die der von außen und innen immer wieder in Frage gestellte Teilstaat östlich der Elbe für sein politisches Überleben benötigte. Hinzu kam eine weitere Selbsttäuschung: Die mit der Roten Armee nach Deutschland zurückgekehrten kommunistischen Führungskader fühlten sich auf der Seite der Sieger und übertrugen dieses Lebensgefühl einer kleinen Minderheit auf die gesamte ostdeutsche Gesellschaft. Die nicht kleinzukriegende, durchaus berechnete Hoffnung vieler, aus diesem Staat des Antifaschismus und der sozialen Gerechtigkeit könne man vielleicht noch etwas machen – und es waren beileibe nicht die dümmsten Köpfe, die dies glaubten – sollte immer wieder am traurigen politischen Alltag in der DDR zerschellen. Als Probe darauf, wie ernst es die beiden deutschen Staaten mit dem Widerstand wirklich meinten, kann daher nicht in erster Linie jene symbolische Politik dienen, mittels derer man sich in Ost und West mit jeweils spezifischer Einfärbung die Traditionen der Opposition gegen den Nationalsozialismus auf die

Fahnen schrieb. Vielmehr ist nach dem zivilgesellschaftlichen Ertrag zu fragen, den die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen von Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus erbracht hat bzw. erbringen konnte.

8. Wem gehört der 20. Juli 1944?

Mit der deutschen Teilung verlief auch die Erinnerung an Nationalsozialismus und Widerstand in geteilten Bahnen. In den kalten fünfziger und sechziger Jahren sprachen sich beide deutsche Staaten nicht nur gegenseitig die Existenzberechtigung ab, sondern grenzten sich auch von den Traditionsbeständen ab, die der jeweils andere Staat für sich reklamierte. Berief sich die ostdeutsche Seite in ihrer offiziellen Geschichtspropaganda auf ein bestimmtes historisches Ereignis, war dieses Terrain für den Westen in der Regel kontaminiert. Umgekehrt durchkämmte die SED ständig ihr eigenes sozialistisches Traditionskabinett, um es von allem zu reinigen, was in ihren Augen «reaktionär», «militaristisch», «bürgerlich» oder «nationalistisch» war oder sein könnte. Ausnahmen – im Sinne kurzlebiger geschichtspolitischer Konjunkturen – bestätigen die Regel. Wie sehr die solcherart geteilte Erinnerung durch gegenwartsbezogene politische Argumente bestimmt wurde, zeigt wiederum der Umgang mit dem Widerstand. In dem Maße, wie sich die Bundesrepublik auf den 20. Juli 1944 als eine nationale Geschichtstradition berief, wurde es für die SED-Propaganda zunehmend schwieriger, ihr überzogenes Feindbild vom «klerikal militaristischen Adenauer-Regime» aufrechtzuerhalten. Notgedrungen vermochte sie in diesem Traditionsbezug nur eine besonders raffinierte Form der Camouflage zu sehen, mit der «das alte militaristisch-faschistische Gedankengut in neuer, scheindemokratischer Form»¹⁴ verbreitet werden sollte. Um auch weiterhin die Kontinuität der Bundesrepublik zum Nationalsozialismus behaupten zu können, mußte dem militärischen und konservativen Widerstand sein oppositioneller Gehalt abgesprochen werden. Auch wenn in einzelnen Bereichen der DDR-Gesellschaft differenziertere Stimmen zu hören waren und man ab Mitte der sechziger Jahre auch von der ostdeutschen Widerstandshistoriographie neue Zwischentöne hören konnte, blieb der Flurschaden solch politisch zweckgebundener Fehlurteile beträchtlich.

Der Westen antwortete darauf mit seiner eigenen Variante der Unterscheidung zwischen gut und böse. Wenn sich die DDR, bei der es sich aus bundesdeutscher Sicht um einen Unrechtsstaat mit fataler Ähnlichkeit zur ersten deutschen Diktatur handelte, auf den kommunistischen Widerstand berief, so konnte letzterer auch nur totalitäre Ziele verfolgt haben. Deshalb könne er auch keinen Platz in der Erinnerungslandschaft der Bundesrepublik beanspruchen.

Dafür, daß beide deutsche Staaten ihre jeweilige politische und nationale Identität lange Zeit nur auf dem Wege der Konfrontation und Abgrenzung gewinnen konnten, zahlten sie einen hohen Preis: Die gespaltene Nation entwickelte ein gespaltenes Verhältnis zur eigenen Geschichte. Letztere wurde entlang der politischen Fronten segmentiert und diente allzu oft nur noch als eine Art Steinbruch für Agitatoren und Scharfmacher. Dieser Mechanismus bestimmte nicht nur das deutsch-deutsche Verhältnis, sondern vergiftete auch die Atmosphäre innerhalb der Gesellschaften, in denen der Kalte Krieg der Systeme als Konflikt zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen nachgespielt wurde. Die Erinnerungslücken und Verdrängungsleistungen auf beiden Seiten waren erheblich. Ganze Bereiche des Widerstands gegen den Nationalsozialismus verschwanden hüben und drüben für Jahre aus dem öffentlichen Bewußtsein, deren überlebenden Vertretern wurde die öffentliche Anerkennung und in vielen Fällen auch die Wiedergutmachung verweigert. Auch die deutschen Erinnerungsorte erlebten somit ihre Zeit der undurchlässigen Mauern.

In den siebziger und achtziger Jahren sollten sich diese politisch überformten Erinnerungskulturen in Ost und West allmählich öffnen und ausdifferenzieren. Der 20. Juli blieb das zentrale und identitätsstiftende Symbol für den Widerstand gegen Hitler in der Bundesrepublik. Gleichzeitig jedoch entwickelten bestimmte politische und gesellschaftliche Gruppen ihre eigenen Bindungen an die Widerstandstradition und setzten sich dabei mit den offiziellen Leitbildern auseinander. Diese Demokratisierung der Erinnerung war auch in der pluralen Gesellschaft der Bundesrepublik kein selbstverständlicher Vorgang. Die Wiederentdeckung des linken Widerstandes, die Rehabilitierung der Emigration, der neue Blick für Resistenz und Verweigerung als Formen des Widerstandes, die späte Anerkennung der Deserteure und nicht zuletzt die Enthoisierung des 20. Juli selbst – all diese Wandlungen waren von heftigen öffentlichen Kontroversen begleitet, die sich an politischen Ritualen, historischen Ausstellungen, Gedenkorten und deren symbolischer Funktion entzündeten. Geradezu sinnbildlich läßt sich diese Ausdifferenzierung an der Entwicklung der Gedenkstätte für den 20. Juli 1944 im ehemaligen Bendlerblock zu einem Erinnerungsort für den gesamten deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus festmachen.

In der geschlossenen Gesellschaft der DDR mit ihrer limitierten Öffentlichkeit kamen solche Veränderungen nur mühsam und unter großen Schwierigkeiten in Gang. Auch hier praktizierten bestimmte Gruppen und Milieus, Literatur und Kunst, die Kirchen oder die Opposition eine andere Kultur der Erinnerung an den Widerstand jenseits des antifaschistischen Heroenkults. Dies geschah oft in gesellschaftlichen Nischen, war von außen kaum wahrnehmbar und wurde von den staatlichen und politischen Kontrollinstanzen argwöhnisch beobachtet. Nach außen sichtbar waren eher jene Kurskorrekturen, die die SED selbst an ihrem Geschichtsbild vornahm. Die Gesellschaft lernte schnell, wie man solche «Reformen von oben» eigensinnig auslegen

konnte, um die eigenen Spielräume auszuweiten. Mitte der achtziger Jahre überrumpelte die DDR den Westen mit der Revision ihres Preußenbildes, nachdem sie bereits Luther auf ihre nationalen Fahnen geschrieben hatte. Daß die SED nun im wahrsten Sinne des Wortes Friedrich II. wieder auf seinen Sockel hob und Unter den Linden reiten ließ, wurde von den Ostdeutschen zunächst ungläubig und von manchem westlichen Beobachter als Sensation bewertet. Damit entstand eine veränderte Konstellation, die die im Kalten Krieg gezogenen Reviergrenzen zwischen beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet der Erinnerung verschob. Die DDR unter Honecker versuchte nun ihr bislang sprödes und verkrampftes geschichtspolitisches Image abzulegen und erhob als selbsternannte «sozialistische Nation» Anspruch auf die gesamte deutsche Geschichte. Damit konkurrierten beide deutsche Staaten jetzt um die gleichen nationalen Erinnerungsorte und versuchten diese mit ihren Deutungen und Sinngebungen zu besetzen.

Mit der Neubewertung Preußens und seiner militärischen Traditionen war es dann nur ein kleiner Schritt, bis die SED-Geschichtspropaganda auch Beherrlichkeiten gegenüber dem 20. Juli 1944 entwickelte. 1984 anlässlich des 40. Jahrestages des Attentats auf Hitler erhob sie jenen Anspruch, der schon zwanzig Jahre früher mit der Formel «Oberst Graf Stauffenberg gehört uns» formuliert worden war, jedoch damals kaum Gehör gefunden hatte.¹⁵ Mit der Macht ihrer gesteuerten Medien feierte die DDR nun den Attentatsversuch als «patriotische Tat».¹⁶ Der durch diese Geschichtskampagnen ausgelöste Heißhunger der Ostdeutschen auf Geschichte ließ sich durch die mit neuen Freiräumen ausgestattete Historiographie und die Verlage der DDR kaum noch stillen. Die Euphorie war allerdings von kurzer Dauer. Schon bald demonstrierte die SED-Führung nachdrücklich, daß sie zwar bereit war, ihr Verständnis von nationalem Erbe auszuweiten, sich jedoch mit Händen und Füßen dagegen wehrte, die alten Dogmen bezüglich der eigenen kommunistischen Tradition abzustreifen. Dieser «Sputnik-Schock» nahm dem ostdeutschen Staat endgültig jenen Kitt, der ihn jenseits von Kontrolle, Reglementierung und Gewalt immer noch irgendwie zusammengehalten hatte, nämlich die Hoffnung seiner Bürger auf Veränderung. Ohnehin hatte der überschwengliche Luther- und Preußenkult den Verdacht erweckt, hier habe sich eine konservative SED-Führung lediglich die adäquaten Traditionen gesucht. Die nationalgeschichtliche Offensive der späten DDR, mit der der ostdeutsche Staat auch Rückübertragungsansprüche auf den vormals so geschmähten 20. Juli 1944 geltend machte, zeigte im Grunde genommen schon alle Symptome des späteren Untergangs.

Die Frage «Wem gehört der 20. Juli?» wurde zu guter Letzt auf ganz andere Weise entschieden. Daß sich das vereinte Deutschland wiederum auf diese Tradition des Widerstandes berief und auch weiterhin berufen wird, war keine Überraschung. Zumal die alte Bundesrepublik auch auf dem Gebiet der Erinnerung die kulturelle Hegemonie über den Vereinigungsprozeß ausübte

und nahezu den gesamten Bestand ihrer politischen Rituale und Symbole einbringen konnte. Jene Traditionen und Symbole, über die sich die DDR definiert hatte, darunter auch der ostdeutsche Antifaschismus, wurden von einem Tag auf den anderen entwertet. Zumal ihr Verschleiß als Identifikationsangebote schon lange vor dem Herbst 1989 und der deutschen Einheit begonnen hatte. Die Kräne über den monumentalen Denkmälern lieferten die einprägsamen Bilder für diesen Vorgang. Geblieben waren allerdings die lebensgeschichtlichen und kulturellen Prägungen der Ostdeutschen, nicht zuletzt auf dem Feld der Erinnerung an Nationalsozialismus und Widerstand.

Der 50. Jahrestag des Umsturzversuches im Jahre 1994 lieferte als eines der ersten wichtigen Geschichtsjubiläen die Gelegenheit für die neue Republik, ihr Verhältnis zur eigenen Geschichte zu definieren. Zugleich wurde dieses Datum zu einer Art Probe, ob es der Vereinigungsgesellschaft gelingen würde, die aus der langen Geschichte der geteilten Erinnerung resultierenden Unterschiede zwischen Ost und West auszuhalten und zu integrieren. Der seinerzeit aufkommende heftige Streit, den Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg, Sohn des Hitler-Attentäters, mit der Forderung auslöste, die Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck gewidmeten Ausstellungsteile aus der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu entfernen,¹⁷ deutete indes eher auf eine Wiederkehr der alten Grabenkämpfe. Kaum ein Feld scheint weniger davor gefeit zu sein, daß die alten Schlachten immer wieder aufs neue geschlagen werden, als das Feld der kollektiven Erinnerung.

Der Bildersturm blieb aus und die Wogen waren erstaunlich schnell geglättet. Ob der 20. Juli 1944 mit seiner symbolischen Kraft zu einem deutschen Erinnerungsort werden kann, der für die ganze Breite des Widerstandes gegen Hitler steht, der von Ost- und Westdeutschen gleichermaßen als solcher akzeptiert wird und der auch noch vor nachfolgenden Generationen Bestand hat, muß sich insofern erst noch erweisen.